

Anfrage Nr.: 0022/2012/FZ  
**Anfrage von: Stadträtin Hollinger**  
**Anfragedatum: 17.04.2012**

Betreff:

**Kürzungen des Bundes bei  
 Eingliederungsmaßnahmen im Rahmen des  
 Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II)**

Schriftliche Frage:

Wir haben im vergangenen Jahr vereinbart, dass die Frage, wie viel Mittel, die bisher durch das Jobcenter in die Beschäftigungspolitik in der Stadt HD geflossen sind, in Zukunft durch die Einsparungen auf Bundesebene nicht mehr nach HD kommen. Dieser Bericht liegt bis dato nicht vor. Bis wann können wir damit rechnen?

Antwort:

**Finanzübersicht 2012 im Vergleich zum Vorjahr**

	2011	2012	Differenz in %
Globalbudget des Bundes	9.550.295 €	8.652.663 €	-9,4
Kommunaler Finanzierungsanteil	880.825 €	966.261 €	+9,7
Gesamtbudget	10.431.120 €	9.618.924 €	-7,8
<b>davon entfallen auf</b>			
den <b>Eingliederungstitel</b>	4.708.307 €	3.852.170 €	-18,2
abzüglich : Umschichtung in den Verwaltungstitel	326.000 €	591.000 €	
Eingliederungstitel (netto)	4.382.307 €	3.261.170 €	<b>-25,6</b>
<b>den Verwaltungstitel</b>	4.842.988 €	4.800.493 €	
+ kommunaler Finanzierungsanteil	880.825 €	966.261 €	
+ Umschichtung aus Eingliederungstitel	326.000 €	591.000 €	
Verwaltungstitel (gesamt)	6.048.813 €	6.357.754 €	+5,1

Aufgrund der Beschlüsse zum Bundeshaushaltsgesetz 2012 stehen dem Jobcenter Heidelberg im Jahr 2012 insgesamt **7,8% weniger** Mittel zur Verfügung als 2011. Dabei ist die Anpassung des kommunalen Finanzierungsanteils von 12,6 % auf 15,2% der Verwaltungskosten berücksichtigt.

Die Seitens des Bundes vorgenommene Kürzung geht nahezu vollständig zu Lasten des Eingliederungstitels, die sich dort mit 856.137 € **(-18,2%)** niederschlägt.

Darüber hinaus müssen weitere 591.000 € in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet werden. Dies ist unumgänglich, weil der Verwaltungstitel nahezu unverändert bleibt, gleichzeitig aber höhere Personalkosten zur Erfüllung der Betreuungsschlüssel und durch Tarifierhöhungen anfallen.

Netto stehen dem Jobcenter im Jahr 2012 für Eingliederungsmaßnahmen 1,1 Millionen € weniger zur Verfügung als 2011 **(-25,6%)**

Das Jobcenter Heidelberg wird deshalb im Vergleich zu den Vorjahren 2012 deutlich weniger Eingliederungsmaßnahmen durchführen können. Das Arbeitsmarktprogramm 2012 musste deshalb neu strukturiert werden. Durch Zusammenführung bzw. Neuausrichtung von Angeboten will man die negativen Auswirkungen in Grenzen halten. Das Programm soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vorgestellt werden.

Die Kürzungen im Bundeshaushaltsgesetz gründen im Wesentlichen in den Festlegungen des „Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen auf dem Arbeitsmarkt“ vom 25.11.2011. Das Gesetz sieht durch die „Reform der Arbeitsmarktinstrumente“ Einsparungen im Bereich des SGB II in Höhe von bis zu 6 Milliarden € bis 2014 vor. Es ist deshalb auch in den Jahren 2013 und 2014 mit weiteren Kürzungen zu rechnen.

Der Deutsche Städtetag hat nachhaltig Kritik an den Regelungen geübt und letztmalig am 2.11.2011 bei der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und der Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales gegen die Kürzungen des Eingliederungstitels - allerdings erfolglos - interveniert.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat die Vorgehensweise der Bundesregierung heftig angegriffen und zwischenzeitlich ein Landesarbeitsprogramm („Gute und sichere Arbeit“) für besonders benachteiligte Zielgruppen aufgelegt. Mit dem Programm will man vorhandene Lücken des bestehenden Fördersystems schließen.

Das für kommunale Beschäftigungsförderung zuständige Dezernat IV hat die Problematik aufgegriffen und am 13.3. eine Vorlage in den Ausschuss für Integration und Chancengleichheit mit dem Ziel eingebracht, dass sich die Stadt Heidelberg an dem Landesprogramm beteiligt. Hierfür sollen im Jahr 2012 aus dem Fonds zur Förderung von Projekten zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit 63.000 € Kofinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Damit könnten 20 Stellen geschaffen werden.